

Mitteilung Nr. MIT – AF 48/2009		
zur Anfrage Nr. StVV – AF 48/2009 nach § 36 GStVV der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 18.08.2009		
Thema: „EU Referat“		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Vor ca. 1¹/₂ Jahren wurde auf Basis der Anfang 2007 beschlossenen Neustrukturierung der EU-Aktivitäten in Bremerhaven beim Referat für Wirtschaft ein EU-Referat als zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet. Gleichzeitig wurden mit der Benennung von EU-Beauftragten in den einzelnen Dezernaten fachspezifische Strukturen geschaffen. Zu den Aufgaben der EU-Beauftragten gehört insbesondere die Eruiierung und aktive Verbreitung fachspezifischer Förderprogramme und -bedingungen.

Wir fragen den Magistrat:

- 1) Welche Aufgaben wurden vom EU-Referat bisher wahrgenommen?
- 2) Wie sieht die Tätigkeit der EU-Beauftragten aus? Welche fachspezifischen Förderprogramme wurden von den Beauftragten bisher eruiert? Wie erfolgt die Verbreitung bzw. aktive Akquisition der Programminformationen?
- 3) Welche Projekte wurden seit Einführung des EU-Referats durchgeführt? Sind weitere Projekte in Planung?
- 4) Wie weit wurde bisher an der Umsetzung eines „Europa-Netzwerks“ in Bremerhaven gearbeitet?
- 5) Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen dem EU-Referat und den EU-Beauftragten?
- 6) Gibt es Defizite bei der Umsetzung der Strukturen? Falls ja, welche?

II. Der Magistrat hat in seiner Sitzung am beschlossen, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

zu 1)

Das EU-Referat koordiniert die EU-Aktivitäten in Bremerhaven und leitet den Arbeitskreis EU-Förderung, es unterstützt und begleitet den Aufbau von Europa-Kompetenz der Mitglieder des EU-Arbeitskreises. Die Europareferentin ist Ansprechpartnerin für die EU-Beauftragten der Ämter und städtischen Einrichtungen und berät diese in Fragen zu EU-Förderprogrammen und EU-Projektentwicklung. Die EU-Aktivitäten und der Nutzen für Bremerhaven werden jeweils in einem Jahresbericht an den Magistrat dargestellt und bewertet.

zu 2)

Die EU-Beauftragten werten die durch die EU-Referentin erstellten Informationen über Förderungsmöglichkeiten aus und leiten relevante Informationen an die Fachbereiche des jeweiligen Amtes weiter. Die Informationen bringen die Adressaten auf den aktuellen Stand der Programme und Ausschreibungen. Sie unterstützen die lokale Netzwerkbildung, d. h. die Kommunikation mit weiteren Akteuren, und sollen zur Diskussion über mögliche Projektthemen anregen.

Die EU-Beauftragten haben bisher folgende Förderprogramme näher betrachtet:

- Europa für Bürgerinnen und Bürger (Städtepartnerschaften)
- Comenius (für Schulen)
- Jugend für Europa
- INTERREG IVB Nordsee- und Ostseeprogramm (Innovation, Verkehr, Umwelt, Stadt)
- Forschungsrahmenprogramm (FP7)
- Daphne 2 (Sicherheit / Gewaltprävention)
- eTEN, ICT-Policy Support Programme (IT/e-Government-Förderprogramme)

Die Verbreitung und Akquisition der Programminformationen erfolgt bisher noch überwiegend durch die EU-Referentin während der AK-Sitzungen und per E-Mail.

zu 3)

Durch die aktive Projekt- und Kooperationspartnersuche durch die EU-Referentin sowie die Unterstützung bei der Projektentwicklung und Antragstellung konnten in 2008 im INTERREG IVB Nordseeraum mit der BIS-Touristik zwei Projekte, davon eins in Zusammenarbeit mit der b.i.t., erfolgreich beantragt werden. Ein weiteres Tourismus-Projekt wird im Forschungsrahmenprogramm bearbeitet.

Die BIS ist zudem federführend involviert in das Offshore-Windkraft-Projekt „POWER cluster“. In 2009 wurde ein weiteres Interreg-Projekt genehmigt, bei dem die Bremerhavener Verkehrsbetriebe als Partner gewonnen werden konnten.

Die b.i.t. bearbeitet derzeit drei transnationale IT-Projekte.

Zwei weitere Projekte unter Beteiligung der BIS befinden sich in der Antragsphase des Programms INTERREG IVB Ostsee, ein weiteres befindet sich in Vorbereitung.

Die BIS-Touristik plant zusammen mit dem AWI-Klimabüro ein Projekt zum Thema Wissenschaftskommunikation.

Die EU-Arbeitsgruppe „Lebenswerte Stadt“ plant dezernatsübergreifend ein Partnerstädte-Projekt, das aus Fördermitteln zur Intensivierung städtepartnerschaftlicher Beziehungen kofinanziert werden soll. Involviert sind Schule, Kulturamt, Magistratskanzlei, BIS-Touristik und die EU-Referentin.

Das Gesundheitsamt plant ein Projekt zur besseren Beratung von Migrantinnen aus Südosteuropa, für das nach EU-Fördermitteln gesucht wird.

Das Helene-Kaisen-Haus plant ein Projekt zum Thema Erziehungshilfe.

Sollten in Bremerhaven weitere EU-Vorhaben gewünscht sein, ist die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel zur Kofinanzierung der Projekte im nächsten Haushalt erforderlich.

zu 4)

durch die Europareferentin:

regional:

Durch die Veröffentlichung des Kurzgutachtens „EU-Förderung für Bremerhaven – Empfehlungen und Ideen“ entstanden Kontakte zu interessierten Organisationen in Bremerhaven und Bremen.

Es bestehen zudem gute Verbindungen zur Europa-Union sowie zum Europa-Punkt Bremen.

international:

Die EU-Referentin hält über Online-Netzwerke und -Datenbanken sowie durch die Teilnahme an internationalen Programmkonferenzen des INTERREG Nordsee- und Ostseeprogramms Kontakt zu potenziellen Projektpartnern und den Programmsekretariaten. Bremerhaven wird auf diese Weise als attraktiver und engagierter Projektpartner für EU-Projekte bekannt und interessant. Über den internationalen Austausch ergab sich z. B. das EU-Projekt „Smart Cities“.

Durch die Teilnahme der EU-Referentin an der monatlich stattfindenden EU-Referentenrunde des Landes Bremen unter Federführung des Leiters der Bremischen Landesvertretung in Brüssel konnte die Wahrnehmung Bremerhavens als Akteur in Europa verstärkt werden. Bremerhaven wird in EU-politische Diskussionen des Landes einbezogen, z. B. bei der Formulierung der Bremer Europastrategie.

durch die EU-Beauftragten:

Der Aufbau lokaler Europa-Netzwerke zwischen den EU-Beauftragten und ihren Bremerhavener Ansprechpartnern (z. B. städtische Einrichtungen, freie Träger, Vereine, KMU etc.) ist bisher kaum erfolgt.

zu 5)

Die EU-Referentin schlägt den EU-Beauftragten Projekte vor und leitet Projektpartnergesuche weiter. Die EU-Beauftragten werden zudem regelmäßig aufgefordert, Vorschläge zur inhaltlichen Gestaltung der AK-Sitzungen zu machen und sich mit den für ihren Fachbereich relevanten EU-Förderprogrammen zu beschäftigen.

Die EU-Beauftragten kommen mit Projektideen auf die EU-Referentin zu und erhalten Unterstützung in der Auswahl sowie Analyse geeigneter Förderprogramme und bei Fragen zu spezifischen EU-Programmen.

Die aus EU-Beauftragten bestehende Arbeitsgruppe „Lebenswerte Stadt“ bemüht sich aktuell um regionale und lokale Kooperationspartner für ein in 2010 geplantes internationales Projekt mit Akteuren der Bremerhavener Städtepartner. Die Arbeitsgruppe befindet sich in aktivem Austausch untereinander und mit der EU-Referentin, es wurden konkrete inhaltliche Konzepte erarbeitet, Arbeitsschritte definiert und ein Zeitplan für die Umsetzung erstellt. Eine Zusammenarbeit mit externen Akteuren wurde ebenfalls bereits initiiert.

zu 6)

Die Zusammenarbeit zwischen Europareferat und EU-Beauftragten gestaltet sich grundsätzlich als gut und zielführend.

Defizite bei der Umsetzung der gemäß Magistratsbeschluss vom 27.02.2007 beschlossenen Strukturen sind jedoch erkennbar in einer schwach ausgeprägten Wahrnehmung der Multiplikatorenfunktion der EU-Beauftragten.

Zentraler Aufgabenschwerpunkt der EU-Beauftragten ist die Eruiierung fachspezifischer Förderprogramme und -bedingungen. Die Kenntnis dieser Programme ist Voraussetzung für die Wahrnehmung der Aufgaben als Ansprechpartner für potenzielle Projektakteure bzw. Kooperationspartner, um ein Netzwerk an EU-Akteuren in der Stadt Bremerhaven aufzubauen.

Die EU-Beauftragten müssten sich vornehmlich mit den in ihrem Fachbereich relevanten EU-Förderprogrammen befassen. Die Programme und deren Potenziale sollen innerhalb der (potenziellen) Netzwerkpartner der Ämter kommuniziert werden, um die EU-Beauftragten als Ansprechpartner für die Programme bekannt zu machen und eine gezielte Begleitung und Beratung potenzieller Akteure in der Stadt zu ermöglichen.

Die EU-Beauftragten verstehen sich angesichts der oftmals komplexen Programme noch zu wenig selbst als Anbieter von Programminformations- und Beratungsleistungen, sondern sehen ihre Aufgabe in erster Linie unter möglichen projektumsetzenden Gesichtspunkten.

Dazu müssen die EU-Beauftragten die Programme genau lesen, Fragen dazu stellen und die Ergebnisse inklusive möglicher Projektideen dem EU-Arbeitskreis und ihrem Kooperationsnetzwerk vorstellen. Das könnte z. B. in Form von kleinen Informationsveranstaltungen in den einzelnen Ämtern geschehen, in denen der/die EU-Beauftragte die möglichen Interessenten / Akteure einlädt und – mit Unterstützung der EU-Referentin – sich als EU-Beauftragte/r vorstellt, über relevante EU-Förderprogramme und deren Potenziale referiert und die Akteure auffordert, aktiv gemeinsam an Projektideen zu arbeiten.

Eine verstärkte Eigeninitiative bei der selbstständigen Eruiierung und anschließenden aktiven Verbreitung europäischer Förderprogramme seitens der EU-Beauftragten des Magistrats bringt den Aufbau eines lokalen Akteursnetzwerkes voran und erhöht somit die Chancen auf Fördermittel für die Stadt Bremerhaven.

Schulz
Oberbürgermeister